



Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

25. März 2024

Afghanistan

Sicherheitslage

In der Stadt Kandahar gab es am 21.03.24 eine Explosion vor einer Filiale der Kabul Bank. Es sollen nach unterschiedlichen Angaben bis zu 27 Personen getötet und 43 weitere verletzt worden sein. Der Islamische Staat der Khorasan Provinz (ISKP) übernahm die Verantwortung für den Anschlag.

Nach eigenen Angaben hat die Nationale Widerstandsfront (NRF) bei Angriffen in Kabul und Takhar am 20.03., 23.03. und 24.03.24 insgesamt vier Taliban getötet.¹

Verfolgungslage

Am 20.03.24 begann das neue Schuljahr mit einem feierlichen Akt in Kabul. Journalistinnen waren nicht zugelassen. Es gibt keine Änderungen an der Schließung von weiterführenden Schulen für Mädchen. In einer über das Radio verbreiteten Audiobotschaft erklärte der oberste Führer der Taliban, Hibatullah Akhundzada, dass Frauen bei einem schweren Verstoß gegen die Scharia gesteinigt werden sollen.

Am 20.03. und 21.03.24 wurden mehrere Personen von den Taliban verhaftet oder geschlagen, weil sie das persische Neujahrsfest Nowruz feierten. Die Taliban bezeichneten das Fest als unislamisch und führten strenge Kontrollen durch.

In der Provinz Takhar sollen die Taliban nach einem Anschlag der NRF am 24.03.24 Hausdurchsuchungen durchgeführt und fünf Personen unter dem Vorwurf der Zusammenarbeit mit der Organisation verhaftet haben. Außerdem verhafteten sie am 21.03.24 vier Mitarbeitende eines Krankenhauses in Herat unter unklaren Umständen sowie einen Journalisten in der Provinz Kunduz. Am 22.03.24 verhafteten die Taliban den Parteivorsitzenden der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei Sayed Jawad Hussaini und dessen Büromanager, Jafar Joya, in Kabul. Sie sollen sich gegen einen von den Taliban eingesetzten schiitischen religiösen Führer ausgesprochen haben.

Am 22.03. und 23.03.24 töteten die Taliban in den Provinzen Logar und Parwan zwei ehemalige Sicherheitskräfte.²

Humanitäre Lage

Bei Überschwemmungen in den Provinzen Badghis und Faryab am 21.03. und 22.03.24 sind mindestens drei Personen, darunter ein Kind, ums Leben gekommen. Etwa 150 Häuser wurden zerstört.

Aus Anlass des Weltwassertages am 22.03.24 wies die UN darauf hin, dass 79 % der Bevölkerung keinen ausreichenden Zugang zu sauberem Wasser haben.³

DR Kongo

Journalist Stanis Bujakera verurteilt und freigelassen

Die kongolesischen Behörden haben den seit mehr als sechs Monaten inhaftierten Journalisten Stanis Bujakera Tshiamala am 19.03.24 aus dem Gefängnis Makala in der Hauptstadt Kinshasa entlassen, nachdem es am Tag zuvor

in der Gerichtsverhandlung gegen ihn zu einem Urteil gekommen war. Bujakera war am 08.09.23 am Flughafen in Kinshasa festgenommen worden (vgl. BN v. 18.09.23) und saß seitdem in Haft.

Im Gerichtsverfahren gegen Bujakera wurde die Anklage aufgrund eines mutmaßlich von ihm verfassten Artikels über die Ermordung des ehemaligen Ministers und Oppositionspolitikers Chérubin Okende verhandelt. Der Artikel habe den Geheimdienst des kongolesischen Militärs unter den Verdacht gestellt, an der Ermordung des Politikers beteiligt gewesen zu sein. Okende, ehemaliger Sprecher der Oppositionspartei Ensemble pour la République, war am 13.07.23 erschossen am Steuer seines Autos gefunden worden.

Das Gericht hat Bujakera am 18.03.24 u.a. der „Verbreitung von Gerüchten und Falschnachrichten“ für schuldig gesprochen und eine sechsmonatige Haftstrafe sowie eine Geldstrafe verhängt. Nachdem der Journalist zum Zeitpunkt des Urteils bereits sechs Monate in Haft verbracht hatte, konnte er das Gefängnis nach Zahlung der Geldstrafe verlassen. Der Staatsanwalt, der zuvor im Verfahren eine Haftstrafe von 20 Jahren gefordert hatte, hat seine Berufung gegen das Urteil zurückgezogen. Internationale Medien und Menschenrechtsorganisationen, wie Amnesty International, HRW und Reporter ohne Grenzen (RSF) hatten Bujakeras Festnahme von Beginn an verurteilt und seine Freilassung gefordert.⁴

Moratorium für die Vollstreckung der Todesstrafe aufgehoben

Medienberichten zufolge hat das Justizministerium der Demokratischen Republik Kongo am 13.03.24 mitgeteilt, dass die Regierung die Vollstreckung der Todesstrafe wieder aufnehmen werde. Dies gelte insbesondere für Militärangehörige, die des Verrats schuldig sind und für Mitglieder bewaffneter Gruppen oder krimineller Banden. Die Todesstrafe wurde in diesen Fällen regelmäßig verhängt, aber bislang seit dem Moratorium aus dem Jahr 2003 systematisch in lebenslange Haftstrafen umgewandelt. Mit der Beendigung dieses Moratoriums wolle die Regierung die zunehmende Gewalt militanter Gruppen und die Bandenkriminalität im Land bekämpfen. Internationale Organisationen und Regierungen kritisieren die Entscheidung.⁵

Gambia

Mögliche Entkriminalisierung von FGM

Laut Medienberichten haben am 18.03.24 die Abgeordneten des gambischen Parlaments mit überwältigender Mehrheit bei vier Gegenstimmen dafür gestimmt, den kürzlich eingebrachten und mit der Bewahrung der religiösen Reinheit und Wahrung traditioneller Normen und Werte begründeten Gesetzentwurf zur Aufhebung des Verbotes der weiblichen Genitalverstümmelung (FGM) an einen Ausschuss zur weiteren Beratung weiterzuleiten (vgl. BN v. 11.03.24). Die abschließende dritte Lesung soll in drei Monaten stattfinden. Gambia könnte das erste Land werden, in der die Kriminalisierung von FGM wieder aufgehoben wird. Die weitverbreitete Praxis ist seit 2015 als Straftat im nationalen Recht verankert. In verschiedenen Kreisen wird befürchtet, dass durch die Einführung des Gesetzes die jahrelangen Fortschritte im Bereich der Rechte von Frauen und Kindern zunichte gemacht werden könnten.

Am Morgen vor der Parlamentsdebatte versammelten sich Hunderte Menschen vor dem Parlamentsgebäude in Banjul, um für oder gegen die Entkriminalisierung von FGM zu protestieren. Bei den meisten von ihnen handelte es sich laut Angaben einer Nachrichtenagentur um FGM-Befürwortende. Einer FGM-Aktivistin zufolge hätten Polizeikräfte viele FGM-Ablehnende am Betreten des Parlamentsgebäudes gehindert, während die Polizei FGM-befürwortenden Religionsführern und deren Anhängerschaft ungehindert Zutritt zum Gebäude gewährt hätte.⁶

Guinea

Neuer Premierminister äußert sich zum Übergangszeitplan

In einem am 12.03.24 ausgestrahlten Interview erklärte der neue von der Militärjunta eingesetzte Premierminister Mamadou Oury Bah (vgl. BN v. 04.03.24), dass zwar noch vor Ende des Jahres 2024 ein Referendum über die neue Verfassung abgehalten werden soll, der Übergangsprozess aber wohl erst im Jahr 2025 zum Abschluss kommen dürfte. Geplant ist die vollständige Rückkehr zu einer zivilen, verfassungsmäßigen Ordnung bis zum 31.12.24 (vgl. BN v. 24.10.22 u. 27.03.23). Bah rechtfertigte die Verzögerung mit der Explosion eines großen Kraftstoffspeichers, die sich am 18.12.23 im Hafen von Conakry ereignet, zahlreiche Tote und Verletzte verursacht und die Wirtschaft in schwere Mitleidenschaft gezogen hatte.⁷

Irak

Türkei-PKK-Konflikt

Dem türkischen Verteidigungsministerium zufolge hat die Türkei am 19.03. und 20.03.24 insgesamt 39 Stellungen der PKK in Nordirak angegriffen. Der Großangriff wird als Vergeltung für eine mutmaßliche PKK-Attacke am 19.03.24 auf türkische Soldaten gesehen, bei der vier türkische Soldaten verletzt wurden und ein weiterer ums Leben gekommen ist.

Am 22.03. und 23.03.24 wurden bei mutmaßlich türkischen Artillerieschlägen zwei Dörfer im Bezirk Amedi (Provinz Dohuk) getroffen. Es ist unklar, ob es dabei zu Personen- oder Sachschäden gekommen ist.⁸

Iran

Todesstrafe: anhaltend hohe Anzahl an vollstreckten Todesurteilen

Unter Verweis auf Angaben von Menschenrechtsorganisationen wurde am 18.03.24 in ausländischen Medien berichtet, dass im Zeitraum von Januar bis Mitte März 2024 insgesamt 95 Hinrichtungen erfolgten. Jedoch würde nur ein Drittel der Gesamtanzahl durch iranische Behörden offiziell bekanntgegeben. Im Jahr 2023 seien, wie auch im Jahr zuvor, mehrheitlich Todesurteile aufgrund von Drogendelikten (Anm.: Drogenhandel) und wegen Mordes vollstreckt worden. Der Anteil an Hinrichtungen aufgrund politisch motivierter Anklagen, mit entsprechend weit auslegbaren Straftatbeständen des iranischen Strafgesetzes, sei mit 5 % relativ gering.

Die Menschenrechtsorganisation Iran Human Rights (IHR) betrachtet das Ausmaß an vollstreckten Todesurteilen als Mittel der Abschreckung seitens der iranischen Regierung, insbesondere zur Verhinderung weiterer Proteste.⁹

Sicherheitskräfte verhindern Neujahrs-Feierlichkeiten nahe Saqqez (Provinz Kordestan)

Medienberichten vom 22.03.24 zufolge wurden Feierlichkeiten zum persischen Neujahrsfest (Nowruz) im Dorf Aichi, nahe der Stadt Saqqez (Provinz Kordestan), durch Sicherheitskräfte verhindert.

In dem Dorf befinden sich die Grabstätten von Mahsa Amini sowie einigen Todesopfern der landesweiten Proteste aus dem Jahr 2022. Laut Bericht einer kurdischen Nachrichtenagentur hätten Sicherheitsbehörden der Stadt Saqqez die Organisatoren der örtlichen Nowruz-Zeremonie bedroht und vorgeladen. Die Angaben lassen sich nicht unabhängig bestätigen. Demnach seien 30.000 ansässige Personen daran gehindert worden, die Feierlichkeiten an ihrem Heimatort abzuhalten und hätten daraufhin in andere Städte ausweichen müssen. Ähnliches wurde für die vorwiegend kurdisch bevölkerte Stadt Gilan e Gharb (Provinz Kermanshah) berichtet.¹⁰

UNHCR-Bericht zu Menschenrechtsverletzungen während Protesten im Jahr 2022

Zum Ausmaß staatlicher Maßnahmen während der landesweiten Proteste im Jahr 2022 veröffentlichte der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UNHCR) Anfang März 2024 im Rahmen einer Untersuchungsmission einen Bericht. Demnach könnten u.a. aufgrund der hohen Anzahl an getöteten Personen während der Proteste, sowie anhand von Berichten über Folter und sexuelle Gewalt in Haft, Verbrechen gegen die Menschlichkeit festgestellt werden.¹¹

Jemen

Houthi-Sicherheitskräfte sprengen Wohnhaus

Am 19.03.24 haben Sicherheitskräfte der Houthis das Wohnhaus einer Familie im Bezirk Radea (Gouvernement al-Bayda) zunächst eingekesselt und anschließend in die Luft gesprengt. Medienberichten zufolge kamen dabei beide Eltern und sieben Kinder ums Leben. Der getötete Familienvater war von den Sicherheitskräften verdächtigt worden, am Vortag an einem Hinterhalt beteiligt gewesen zu sein, bei dem zwei Houthi-Kämpfer starben. Das Innenministerium der Houthis hat sich in einer Stellungnahme von dem Vorgehen der Sicherheitskräfte distanziert und Strafverfolgung angekündigt.

Gewaltsames Vorgehen gegen Zivilpersonen, denen Opposition zu den Houthis vorgeworfen wird, kommt in den von den Houthis kontrollierten Gebieten regelmäßig vor. Dies schließt oftmals auch ein Vorgehen gegen (unbeteiligte) Familienangehörige mit ein.¹²

US-Luftschläge gegen Houthis

Unbestätigten Angaben zufolge haben die USA am 22.03.24 Luftschläge gegen drei Untergrundlager der Houthis durchgeführt. In Sanaa Stadt waren unterdessen Explosionen zu hören. Houthi-Medien hatten ebenfalls über Luftschläge in Sanaa Stadt berichtet. Angaben zu Personenschäden wurden keine gemacht.¹³

Kuba

Proteste aufgrund von Stromausfällen und Hunger; Festnahmen

Bereits am 17.03.24 haben in Santiago de Cuba, später aber auch in anderen Städten die größten Proteste seit den Demonstrationen im Juli 2021 stattgefunden. Ursächlich sind u.a. die andauernden Stromausfälle, die schlechte Versorgungslage und hohe Lebensmittelpreise. Später seien Medienberichten zufolge aber auch Rufe nach Freiheit (libertad) zu hören gewesen. In der Regel wird Protest sofort durch staatliche Sicherheitskräfte unterbunden, diesmal bestätigte die Regierung das Stattfinden von Demonstrationen hingegen. Nichtsdestotrotz soll es zu Verhaftungen gekommen sein. Es ist jedoch unklar, wie viele Menschen genau festgenommen worden sind. Bisher konnte nur die Identität von fünf Festgenommenen geklärt werden. Zwei dieser Personen seien unter Zahlung von Geldstrafen wieder freigekommen. Diese verifizierten Verhaftungen ereigneten sich in Bayamo, El Cobre und Matanzas. Die zivilgesellschaftliche Gruppe Justicia 11J spricht jedoch von höheren Verhaftungszahlen. Um eine landesweite Verbreitung der Proteste zu verhindern sei zudem das Internet abgeschaltet worden. Verschiedene Polizeieinheiten sowie die Militärspezialeinheit Avispas Negras sollen zur Beendigung der Proteste in die entsprechenden Regionen verlegt worden sein.¹⁴

Libyen

Bewaffnete Auseinandersetzung führt zu Grenzschießung nach Tunesien

Am tunesisch-libyschen Grenzübergang Ras Jedir kam es Medienberichten zufolge am 19.03.24 zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen einer bewaffneten Gruppierung, die Ras Jedir auf libyscher Seite kontrolliert, und von Tripolis entsandten Sicherheitskräften. Dabei seien Schüsse gefallen und Fahrzeuge in Brand gesetzt worden, Informationen zu möglichen Opfern gibt es nicht. Die Behörden beider Länder hätten daraufhin den Grenzübergang geschlossen.

Bereits seit mehreren Monaten soll es Streitigkeiten um die Kontrolle des Grenzübergangs geben. Dieser wird von örtlichen Milizen aus der nahegelegenen Stadt Zuwara betrieben, die sich wiederum gegen eine Einflussnahme der in Tripolis ansässigen Regierung der nationalen Einheit (Government of National Unity, GNU) stellen.¹⁵

Nigeria

Kaduna State: erneute Entführungen

Bewaffnete Akteure haben am 16.03. und 17.03.24 bei zwei Angriffen auf Ortschaften in der Local Government Area (LGA) Kajuru im Bundesstaat Kaduna über rd. 100 Personen, darunter Frauen und Kinder, entführt.

Medienberichten zufolge sind die gewaltbereiten Akteure auch für den Diebstahl von Lebensmitteln und Vorräten verantwortlich. Angriffe und Entführungen sind in der LGA Kajuru bereits vorgekommen. Am 07.03. und 11.03.24 hatten bewaffnete Akteure über 60 Personen aus zwei Ortschaften der LGA Kajuru im Bundesstaat Kaduna entführt sowie eine Schule in der Stadt Kuriga der LGA Chikun angegriffen und über 200 Schulkinder entführt (vgl. BN v. 11.03. u. 18.03.24). Entführungen gegen Lösegeld sind im Norden Nigerias bereits in der Vergangenheit vorgekommen (vgl. BN v. 13.11.23, 29.01. u. 12.02.24).¹⁶

Delta State: tödliche Zusammenstöße

Gewaltbereite Akteure haben am 14.03.24 in der Ortschaft Okuoma der LGA Bomadi im südlichen Bundesstaat Delta rd. 15 Mitglieder der nigerianischen Armee bei einem Einsatz zur Beendigung einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Personen der Ortschaften Okuoma und Okoloba getötet. Medien meldeten, dass es sich bei den Gewaltakteuren um Jugendliche handelte. Auslöser für die Auseinandersetzung seien Streitigkeiten um Landrechte gewesen. Wenige Tage später, am 17.03.24, haben bewaffnete Akteure die Ortschaft Okuoma

angegriffen, dabei mehrere Häuser geplündert und anschließend in Brand gesetzt. Tödliche Auseinandersetzungen um Land oder um Entschädigungen für Ölverschmutzungen durch Energieunternehmen sind im Bundesstaat Delta bereits in der Vergangenheit vorgekommen.¹⁷

Südwesten: Erfolge in der Kriminalitätsbekämpfung

Im März 2024 haben Erfolgsmeldungen des Western Nigeria Security Network (WNSN), besser bekannt als Amotekun, für Aufsehen gesorgt. Die Organisation hat sich dem Kampf gegen Kriminalität verschrieben.

So gelang es Mitgliedern eines Amotekun-Corps Medienberichten zufolge am 29.02.24 einen Menschenhändler festzunehmen, der fünf Personen, darunter vier Minderjährige, zum Zwecke der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft aus dem südöstlichen Bundesstaat Akwa Ibom in den südwestlichen Bundesstaat Osun verbracht haben soll. Der Verdächtige und die mutmaßlichen Menschenhandelsopfer seien an einen Standort der National Agency for the Prohibition of Trafficking in Persons (NAPTIP) überstellt worden. Das Amotekun-Corps war aktiv geworden, nachdem Anzeigen bei Amotekun-Kommandanturen in der Region eingegangen waren.

Am 21.03.24 gab ein Amotekun-Kommandeur bekannt, dass es gelungen sei, im Bundesstaat Ondo einen von einer siebenköpfigen Bande geplanten Banküberfall zu vereiteln. Berichten zufolge wurde Amotekun im Jahr 2020 gegründet und ist in den Bundesstaaten Ekiti, Lagos, Ogun, Ondo, Osun und Oyo aktiv. Eine Kategorisierung Amotekuns nach europäischen Maßstäben gilt als schwierig. So gehört die Organisation weder der Polizei noch dem Militär Nigerias an. Im Zusammenhang mit ihrem Wirken sei es in der Vergangenheit zu Menschenrechtsverletzungen gekommen.¹⁸

Kaduna State: entführte Schulkinder befreit

Mitglieder des nigerianischen Militärs haben nach eigenen Angaben am 24.03.24 in Zusammenarbeit mit lokalen Behörden und Regierungsvertretenden mehr als 130 von knapp 300 Kindern, die am 07.03.24 aus einer Schule in der nordwestlichen Stadt Kuriga in der LGA Chikun im Bundesstaat Kaduna von bewaffneten Akteuren entführt worden sind, befreit (vgl. BN v. 11.03.24). Nach Angaben des Gouverneurs des Bundesstaates Kaduna sind alle der knapp 300 Kinder unverletzt mehrere Tage vor Ablauf der Frist zur Zahlung des Lösegelds befreit worden. Der nigerianische Präsident Tinubu hatte versprochen, die Kinder zu befreien, ohne Lösegeld zu zahlen. Nach Angaben von Medienberichten geben staatliche Akteure Zahlungen von Lösegeld zur Befreiung von Entführten selten offen zu.¹⁹

Pakistan

Anschläge in Khyber Pakhtunkhwa und Belutschistan

Am 10.03.24 wurden bei der Explosion eines mit Sprengstoff beladenen Motorrads in Peshawar zwei Personen getötet und eine weitere schwer verletzt.

Am 16.03.24 wurden nach Angaben des pakistanischen Militärs bei einem Angriff auf einen Armeeposten in Nord-Waziristan nahe der afghanischen Grenze sieben Soldaten getötet und 17 Personen verletzt. Das Militär äußerte sich nicht zu den Verantwortlichen. Eine mutmaßlich neu gegründete militante Gruppe, Jaish-eFursan-e Muhammad, bekannte sich indes zu dem Anschlag.

Am 20.03.24 griffen bewaffnete Kämpfer einen Verwaltungskomplex des Tiefseehafens Gwadar am Arabischen Meer an. Nach Angaben der Behörden wurden alle acht Angreifer von Sicherheitskräften getötet. In einer späteren Erklärung bekannte sich die separatistische Balochistan Liberation Army zu der Tat.

Am 21.03.24 wurden bei einer Bombenexplosion in der Nähe eines Sicherheitskonvois im Distrikt Dera Ismail Khan zwei Soldaten getötet und 15 weitere verletzt. Keine Gruppe hat sich zu dem Anschlag bekannt. Hinter dem Anschlag wird laut Medienberichten die Tehreek-e-Taliban Pakistan vermutet.²⁰

Luftangriffe und Gefechte in pakistanisch-afghanischem Grenzgebiet

Am 18.03.24 berichtete die afghanische Taliban-Regierung von zwei Luftangriffen der pakistanischen Armee auf afghanisches Territorium, bei denen fünf Frauen und drei Kinder getötet worden seien. Als Vergeltung seien pakistanische Sicherheitskräfte entlang der Grenze mit schweren Waffen beschossen worden. In einer Erklärung des pakistanischen Außenministeriums hieß es, Pakistan habe Anti-Terror-Operationen in den Grenzregionen zu

Afghanistan durchgeführt, weil zuvor von afghanischem Boden aus Anschläge auf pakistanisches Territorium verübt worden seien. Diese Darstellung wird von afghanischer Seite bestritten.²¹

Palästinensische Autonomiegebiete / Israel

Gazastreifen: aktuelle Entwicklungen; humanitäre Lage

Am 24.03.24 verkündete das Hamas-geführte Gesundheitsministerium, dass seit Kriegsbeginn mehr als 32.226 palästinensische Personen im Gazastreifen getötet worden seien. Mehr als 74.518 weitere Personen sollen darüber hinaus verwundet worden sein. Das Ministerium unterscheidet nicht zwischen Kombattanten und Zivilpersonen. Das israelische Militär gab an, dass mindestens ein Drittel der Getöteten Kämpfer gewesen seien.

Darüber hinaus sind Angaben des israelischen Militärs zufolge seit Beginn der Bodenoffensive bis zum 22.03.24 insgesamt 250 israelische Militärangehörige getötet und 1.489 weitere verwundet worden. Israelische Behörden schätzen, dass noch 134 Israelis und andere Staatsangehörige oder deren Leichen als Geiseln im Gazastreifen festgehalten werden.

Die israelische Militäroperation in und um das Shifa-Krankenhaus in Gaza Stadt dauerte auch am 24.03.24 weiter an. Berichte aus dem Gazastreifen zufolge konnten etwa 30.000 Vertriebene, Patientinnen und Patienten sowie medizinisches Personal das Gebäude aufgrund des Kampfgeschehens um das Krankenhaus nicht verlassen. Das Militär gab an, mehr als 500 Verdächtige verhaftet zu haben; darunter 358, die es als Angehörige der Hamas und der Gruppierung Islamischer Jihad in Palästina (PIJ) ausgemacht haben will. Darüber hinaus sollen Angaben des israelischen Militärs vom 23.03.24 zufolge 170 Personen getötet worden sein, die als Hamasmitglieder identifiziert wurden.

Darüber hinaus wurde auch ein Mitglied des israelischen Militärs getötet. Ein Korrespondent der Medienplattform Al Jazeera wurde Berichten zufolge durch die israelische Armee verhaftet und nach zwölf Stunden wieder freigelassen.

Am 24.03.24 begannen israelische Truppen dem Palästinensischen Roten Halbmond zufolge mit der Belagerung zweier weiterer Krankenhäuser in der südlich gelegenen Stadt Khan Younis.

Die für die Einstufung der Schwere von Hungerkrisen herangezogene internationale Institution (Integrated Food Security Phase Classification, ICP) warnte am 18.03.24 vor einer bereits direkt bevorstehenden Hungersnot im Norden des Gazastreifens, während der Rest des Gazastreifens noch unter demselben Risiko steht. Lokalen Behörden zufolge sollen im Norden des Gazastreifens bereits 27 Personen, der Großteil Kinder, an Unterernährung und Dehydrierung gestorben sein. Am 21.04.23 berichteten Medien von weiteren Hilfslieferungen aus Israel in den Norden des Gazastreifens. Auf der ägyptischen Seite der Grenze zum Gazastreifen warteten offiziellen Angaben zufolge mehr als 7.000 LKW darauf, in den Gazastreifen einfahren zu können. Internationale Organisationen und Israel geben sich gegenseitig die Schuld an den Verzögerungen der Hilfslieferungen.

Mehr als 60 % der Wohnhäuser im Gazastreifen sollen Angaben der UNRWA zufolge zerstört sein sowie 392 Bildungseinrichtungen, 123 Krankenwagen und 184 Moscheen.²²

Westjordanland: mehrere Tote bei Militäroperationen

Am 20.03.24 wurden bei einem israelischen Luftangriff auf ein Ziel in der Nähe der Stadt Jenin, im Norden des Westjordanlandes, vier Palästinenser getötet. Angaben des PIJ zufolge waren mindestens drei der Getöteten Mitglieder der Gruppierung.

In den folgenden 24 Stunden wurden darüber hinaus sieben weitere palästinensische Personen in verschiedenen Vorfällen getötet. Zu den Vorfällen zählte u.a. eine Militärrazzia zur Verhaftung einer verdächtigen Person, eine bewaffnete Auseinandersetzung, aber auch die Tötung einer Einzelperson, die sich verdächtig verhalten haben soll. Einige Medien berichten, die Person sei den Anweisungen der israelischen Armee gefolgt und hatte die Hände erhoben, als sie erschossen wurde. Weitere vier Personen wurden bei Razzien und Luftangriffen auf das Nur Shams Geflüchtetenlager in Tulkarem getötet.

In Jenin kam es darüber hinaus zu Auseinandersetzungen zwischen den Sicherheitskräften der Palästinensischen Autonomiebehörde und bewaffneten Milizen. Auslöser hierfür soll die Verhaftung eines Milizenmitglieds gewesen sein.

Seit Kriegsbeginn im Gazastreifen sind UN-Angaben zufolge 434 Palästinenserinnen und Palästinenser im Westjordanland und Ostjerusalem im Zusammenhang mit bewaffneten Auseinandersetzungen getötet worden.

421 davon seien durch die israelische Armee, neun durch israelische Siedlerinnen und Siedler und drei durch eine der beiden Akteursgruppen getötet worden. Mehr als 5.000 weitere palästinensische Personen wurden verwundet. Darüber hinaus wurden 15 Israelis, darunter vier Militärangehörige, in den besetzten Gebieten (ohne Gaza) und Israel getötet. 109 weitere Israelis wurden verwundet.²³

Russische Föderation

Anschlag auf Konzerthalle bei Moskau

Bei einem Terroranschlag am 22.03.24 auf eine Konzerthalle bei Moskau starben nach Angaben russischer Behörden mindestens 137 Menschen; 182 Menschen wurden demnach verletzt. Eine Gruppierung der islamistischen Terrororganisation Islamischer Staat bekannte sich zu dem Anschlag. Inzwischen wurden in diesem Zusammenhang vier Männer aus Tadschikistan wegen Durchführung eines tödlichen Terroranschlags angeklagt. Zwei der vier Verdächtigen, die in Untersuchungshaft genommen wurden, sollen Nachrichtenagenturen zufolge ihre Schuld an dem Anschlag bekannt haben.²⁴

Senegal

Haftentlassung für Oppositionsführer Sonko und Faye; deutlicher Wahlsieg für Faye zeichnet sich ab

Am 14.03.24 – zehn Tage vor der Präsidentschaftswahl – wurden Oppositionsführer Ousmane Sonko und dessen zur Präsidentschaftswahl zugelassener Stellvertreter Bassirou Diomaye Faye nach jeweils mehrmonatiger Haft nunmehr ebenfalls auf Grund der generellen Amnestie freigelassen (vgl. BN v. 04.03 u. 11.03.24). Menschenmassen feierten die Haftentlassung von Sonko und Faye, die daraufhin ungestört Wahlkampf im Land betreiben konnten. Beim ersten Wahldurchgang der wohl friedlich verlaufenen Präsidentschaftswahl am 24.03.2024 zeichnete sich laut ersten Prognosen bei hoher Wahlbeteiligung offenbar ein klarer Sieg für Faye ab. Andere Oppositionskandidierende gratulierten Faye bereits zum Wahlsieg. Das offizielle Ergebnis wird erst in einigen Tagen erwartet.²⁵

Gewalttätige Auseinandersetzungen im Wahlkampf mit Verletzten und Festnahmen

Seit dem Auftakt des Wahlkampfes am 10.03.24 war es Medienberichten zufolge bereits mehrmals zu Zusammenstößen zwischen der Anhängerschaft von Sonkos verbotener Partei Patriotes africains du Sénégal pour le travail, l'éthique et la fraternité (PASTEF) und des Präsidentschaftskandidaten des Regierungslagers Amadou Ba gekommen. Derartige Zusammenstöße mit mehreren teils schwer Verletzten seien am 17.03.24 in Sibassor (Region Kaolack) und auch am 11.03.24 in der Großstadt Pikine (Region Dakar) während einer Wahlkampf-Karawane der Koalition Faye gemeldet worden. Den Zusammenstößen in Pikine waren laut einem oppositionellen Parlamentsabgeordneten Steinwürfe vorausgegangen, für die er Sympathisierende und Aktivistinnen und Aktivisten der Präsidentenpartei Alliance pour la République verantwortlich machte. Bereits am 10.03.24 sei es in einem Stadtteil von Dakar zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängerschaften der beiden Präsidentschaftskandidaten gekommen, nachdem eine Wahlkampf-Karawane der Koalition Faye auf Ba-Sympathisierende getroffen sei. Es habe zahlreiche Festnahme gegeben und es sei zu teils schwer Verletzten und der Inbrandsetzung von Fahrzeugen gekommen.

Am 19.03.24 sei es in Nioro (Kaolack) zu Auseinandersetzungen und Zusammenstößen zwischen Polizeikräften und Jugendlichen gekommen, die auf das Eintreffen der Wahlkampf-Karawane der Koalition Faye gewartet hätten. Die Polizei habe Tränengas eingesetzt und einen Departementskoordinator von PASTEF festgenommen und in Polizeigewahrsam verbracht. Zwei Personen seien zudem verletzt worden und hätten Beinbrüche erlitten.²⁶

Vorsitzender einer Oppositionsbewegung und andere kommen frei, ebenso kritische Journalistin

Ein Medium berichtete über die Freilassung des vor neun Monaten wegen eines im Ausland veröffentlichten Onlinevideos in U-Haft genommenen Vorsitzenden der Oppositionsbewegung Goudoump debout, Olivier Boucal (vgl. BN v. 18.06.23). Boucals politische Bewegung steht PASTEF nahe. Ein weiterer Medienbericht erwähnte die Freilassung von 69 Personen, die als politische Häftlinge bezeichnet wurden. Unten ihnen hätten sich PASTEF-Mitglieder befunden. Zuletzt wurde zudem die im Mai 2023 festgenommene und wegen mehrerer Straftaten angeklagte Journalistin Maty Sarr Niang des investigativen Nachrichtenportals Kéwoulo aus der Haft entlassen, so

Medienangaben. Der Direktor von Kéwoulo ging davon aus, dass die Inhaftnahme Niangs in Zusammenhang mit ihrer regierungskritischen Berichterstattung und ihren Beiträgen in den sozialen Medien stand (vgl. BN 14.08.23).²⁷

Somalia

Drohnenangriff

In der Nacht vom 18.03. auf den 19.03.24 wurde Berichten zufolge ein Drohnenangriff nördlich von Mogadischu in Baqdaad (Lower Shabelle Region) von Regierungs- und ausländischen Truppen durchgeführt. Offiziellen Angaben zufolge sei der Angriff Teil einer Operation gegen al-Shabaab gewesen, dabei seien 40 Mitglieder der Terrorgruppe getötet worden. Betroffene Dorfbewohnerinnen und -bewohner berichteten von mindestens 20 weiteren zivilen Opfern. Die Angaben konnten bisher nicht offiziell bestätigt werden.²⁸

Angriff auf Militärbasis

Am 23.03.24 wurden bei einem Angriff auf die Militärbasis Busley (Lower Shabelle Region) mindestens sieben somalische Soldaten von al-Shabaab-Kämpfern getötet. Al-Shabaab soll die Militärbasis kurzzeitig eingenommen haben, bevor Regierungstruppen die Angreifer vertrieben. Die islamistische Gruppe reklamierte den Angriff für sich und gab eine deutlich höhere Anzahl an Todesopfern unter den somalischen Soldaten an. Die Angaben wurden bisher nicht bestätigt.²⁹

Syrien

Nordosten: Tote bei IS-Angriff

Bei einem gezielten IS-Angriff auf Zivilpersonen am 21.03.24 wurden Medienberichten zufolge neun Personen getötet und sechs weitere Personen verletzt. Die Opfer waren auf Trüffelsuche in der Wüstenregion des Gouvernements Raqqa.

Am 24.03.24 sollen weitere elf Trüffelsucher durch IS-Kämpfer getötet worden sein. Insgesamt sollen im März 2024 demnach bereits 56 Trüffelsuchende durch IS-Angriffe und Landminenexplosionen getötet worden sein.³⁰

Damaskus: israelische Luftangriffe

Mehrere mutmaßlich israelische Luftangriffe auf Ziele in und um Damaskus am 19.03.24 führten zu zahlreichen Materialschäden. Berichte über Opfer gab es zunächst keine. Medienberichten zufolge standen Ziele der Hisbollah nahe der Stadt Yabrud im Nordosten der Hauptstadt im Fokus. Ein weiterer Angriff erfolgte auf Ziele nahe der Ortschaft Qutayfa, östlich von Damaskus.³¹

Türkei

Festnahme von ca. 70 Personen im Kontext von Nowruz-Feierlichkeiten

Medienberichten zufolge wurden am 17.03.24 in Istanbul am Rande von kurdischen Feierlichkeiten im Vorfeld zu Nowruz, dem am 20.03.24 begangenen Neujahrsfest nach dem persischen Kalender, ca. 70 Personen, darunter eine AFP-Journalistin, von der Polizei festgenommen.

Die AFP-Videojournalistin Eylul Yasar sagte, sie sei festgenommen und in einen Polizeiwagen gebracht worden, nachdem sie sich gegen eine Leibesvisitation gewehrt habe. Sie wurde für sechs Stunden zusammen mit 14 weiteren Personen von der Polizei festgehalten und anschließend wieder freigelassen. Sie und die anderen festgesetzten Personen seien laut Yasar von der Polizei beschimpft und bedroht worden. In einer Erklärung teilte die internationale Presseagentur AFP mit, dass sie die Verhaftung bedauere, die anschließende Freilassung begrüße und die türkischen Behörden dazu auffordere, die Rechte von Journalistinnen und Journalisten zu achten.

Zwei Journalisten der Nachrichtenseite Bianet, welche die Verhaftungen gefilmt hatten, berichteten, sie seien von der Polizei geschlagen und zu Boden geworfen worden. Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen (RSF) rangierte die Türkei im Jahr 2023 auf dem Index der Pressefreiheit auf Platz 164 von 180 Ländern. Dies bedeutete einen Rückgang um 16 Plätze gegenüber dem Jahr 2022.³²

Journalist wegen Präsidentenbeleidigung zu 11 Monaten und 20 Tagen Haft verurteilt

Das 44. Strafgericht in Bakırköy hat am 19.03.24 den Journalisten Levent Gültekin wegen Beleidigung des Staatspräsidenten in einer Sendung des Senders „Halk TV“ aus dem Jahr 2022 zu elf Monaten und 20 Tagen Haft verurteilt. Während der Verhandlung beantragte Gültekin seinen Freispruch. Zu seiner Verteidigung führte er an, dass er eine Rede von Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan nach einem Terroranschlag im südtürkischen Bezirk Mersin scharf kritisiert habe. Der Journalist fügte hinzu, dass Kritik seine Aufgabe als Journalist sei und seine Äußerungen keine Beleidigung darstellen würden.

Der Staatsanwalt argumentierte, dass Gültekings Bemerkung Erdoğan's politische Haltung kritisiere, in Wirklichkeit aber eine persönliche Beleidigung darstelle, weil sie den Namen Erdoğan's beinhalte. Gültekin hatte in der Sendung am 27.09.22 gesagt, Erdoğan verhalte sich wie ein Schulkind.

Gültekin ist der 75. Journalist, den Gerichte gemäß Art. 299 des türkischen Strafgesetzbuches (tStGB), der die Beleidigung des Präsidenten unter Strafe stellt, verurteilt haben. Laut Pressemeldungen haben Staatsanwälte zwischen den Jahren 2019 und 2022 insgesamt 52.348 Ermittlungen gegen Einzelpersonen wegen Beleidigung von Präsident Erdoğan oder seiner Regierung eingeleitet. Es wurde auch basierend auf Art. 301 tStGB, der die Beleidigung der türkischen Nation, des Staates der türkischen Republik und der Institutionen und Organe des Staates unter Strafe stellt, gegen Bürgerinnen und Bürger ermittelt. Während der Amtszeit der fünf Präsidenten vor Erdoğan wurden 1.716 Beleidigungsverfahren eingeleitet. Wer den Präsidenten beleidigt, kann mit bis zu vier Jahren Gefängnis bestraft werden. Jede Person, die die Regierung kritisiert, kann mit bis zu zwei Jahren Haft bestraft werden.³³

Tunesien

Journalist wegen Beleidigung einer Staatsbediensteten verhaftet

Medienangaben zufolge haben die Behörden am 22.03.24 den Journalisten Mohamed Boughalleb, welcher für seine Kritik an Staatspräsident Kaïs Saïed bekannt ist, in Tunis unter dem Verdacht der Beleidigung einer Staatsbediensteten verhaftet und einer Befragung unterzogen. Boughalleb soll eine Mitarbeiterin des öffentlichen Dienstes in den sozialen Medien und einer Radiosendung wiederholt beleidigt haben, sodass die Betroffene in ihrer Ehre und ihrem Ruf geschädigt worden sein und eine Beschwerde eingereicht haben soll.

Laut dem Leiter der tunesischen Journalismusgewerkschaft (Syndicat National de Journalistes Tunisiens, SNJT) sei die Verhaftung Boughallebs ein weiterer Versuch der Behörden, Medienschaffende einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen.³⁴

Ukraine

Zivile Kriegsopfer

Nach Aussagen der jeweiligen Regionalgouverneure vom 19.03.24 starben in der Region Cherson drei Menschen durch russischen Beschuss, während die Region Donezk einen Toten und fünf Verletzte verzeichnete. Nach Mitteilung der regionalen Militärstaatsanwaltschaft wurde am 19.03.24 in der Grenzgemeinde Welyka Pysariwka, dem Hauptort der aufgrund intensiver russischer Angriffe im Oblast Sumy angeordneten Massenevakuierungen, mindestens eine Person getötet. Nach Angaben des ukrainischen Innenministeriums vom 20.03.24 ist bei Angriffen auf Sumy, die u.a. eine Schule, einen Kindergarten und ein Krankenhaus getroffen haben, ein Mensch getötet worden. Am gleichen Tag sind laut Regionalgouverneur bei einem Angriff auf Cherson zwei Zivilisten getötet worden. Bei einem russischen Angriff auf Charkiw am 20.03.24 starben nach Angaben des Bürgermeisters fünf Personen; acht wurden verletzt. Bei massiven russischen Raketeneinschlägen in Kyjiw am 21.03.24, bei denen auch ein Kindergarten getroffen wurde, sind nach Behördenangaben 17 Menschen verletzt worden. In Mykolajiw gab es nach Angaben der örtlichen Behörden durch einen Raketenangriff am 21.03.24 ein Todesopfer und sechs verwundete Personen. Nach Medienangaben vom 22.03.24 meldete die Stadtverwaltung von Saporischschja mehrere Verletzte nach Raketeneinschlägen. Für die Region Chmelnyzkyj meldeten Medienberichte eine getötete Person. Am 25.03.24 wurden nach Mitteilung der ukrainischen Armee bei einem russischen Drohnenangriff elf Menschen in Mykolajiw verletzt.³⁵

Entwicklung des Kriegsgeschehens

Laut Medienbericht vom 19.03.24 erklärten ukrainische Beamte, dass die russische Seite verstärkt Angriffe auf die Grenzregionen durchgeführt hat, insbesondere Raketenangriffe auf die nordöstlichen Regionen Charkiw und Sumy. Der ukrainische Oberbefehlshaber Oleksandr Syrskij betonte die zunehmende Bedeutung von Drohnen im Kampfgeschehen, während Präsident Wolodymyr Selenskyj nach Berichten über Angriffe auf russisches Staatsgebiet zuvor die neuen Langstreckenfähigkeiten der Kampfdrohnen auf ukrainischer Seite begrüßte. Nach seiner Wiederwahl sprach sich der russische Präsident Wladimir Putin für die Einrichtung einer Pufferzone aus, welche die einzige Möglichkeit sei, die Russländische Föderation vor Angriffen aus der Ukraine zu schützen. Der ukrainische Präsidentenberater Mychajlo Podoljak wertete dies als eine „direkte und offensichtliche Aussage, dass der Krieg nun eskalieren wird“. Kreml-Sprecher Dmitrij Peskow räumte im Interview mit einer russischen Zeitung erstmals ein, dass sich sein Land „im Kriegszustand“ mit der Ukraine befindet. Seit „der gesamte Westen auf Seiten der Ukraine“ stehe, sei aus der Spezialoperation ein Krieg geworden. Auf eine weitere Eskalation könnte auch eine Aussage des russischen Präsidenten Putin einen Tag nach dem islamistischen Terroranschlag in Moskau am 22.03.24 hindeuten, wonach dieser eine ukrainische Beteiligung unterstellte. Laut Mitteilung des ukrainischen Militärs erfolgte am Sonntag ein Angriff auf die russische besetzte Halbinsel Krim, bei dem zwei Militärschiffe sowie Militärinfrastruktur getroffen wurden. Der vom Kreml eingesetzte Gouverneur von Sewastopol vermeldete zudem einen Toten und vier Verletzte.³⁶

Gefährdung der kritischen Energieinfrastruktur in der Ukraine

Russische Raketenangriffe am 22.03.24 durchtrennten eine der beiden Stromleitungen des russisch besetzten größten europäischen Kernkraftwerks (KKW) Saporischschja und verursachten beinahe einen Stromausfall. Nach Angaben der regionalen Militärverwaltung versorgt die an das ukrainische Stromnetz angeschlossene Leitung das KKW mit externem Strom u.a. für die Aufrechterhaltung der werksseitigen Sicherheitssysteme. Bereits eine Woche zuvor musste die Leitung ebenfalls nach russischem Beschuss repariert werden. Laut IAEA-Generaldirektor Rafael Grossi ist die KKW-Stromversorgung weiterhin instabil und anfällig für Unterbrechungen. Zudem wurde am gleichen Tag der Damm des DniproHES-Wasserkraftwerks in Saporischschja durch russische Luftangriffe getroffen, die einen Brand im Kraftwerk auslösten und mindestens fünf Menschen töteten. Nach Mitteilung des Versorgungsunternehmens besteht für den größten Staudamm des Landes jedoch keine unmittelbare Gefahr eines Bruchs. Auch andere Regionen meldeten Angriffe auf kritische Infrastrukture Objekte, darunter massive Angriffe auf Charkiws Energieversorgung. Am 24.03.24 wurden zudem weitere Energieanlagen insbesondere in Kyjiw und Lemberg sowie am Folgetag in Odessa schwer getroffen. Ebenso berichtete das staatliche ukrainische Energieunternehmen Naftogaz von einem Raketenangriff auf einen unterirdischen Gasspeicher. Die massive Angriffswelle auf Energieversorgung und Kraftwerke führte zu teilweise kompletten Stromausfällen in Teilen des Landes. Energieminister Herman Haluschtschenko sieht darin „den größten Angriff auf die ukrainische Energiewirtschaft in jüngster Zeit“. Das russische Verteidigungsministerium rechtfertigte die massiven Angriffe als „Bestandteil einer Serie von Racheakten“ nach vorangegangenen „Übergriffen“ des ukrainischen Militärs auf russisches Staatsgebiet.³⁷

Humanitäre Lage in russisch-besetzten Gebieten

Nach Medienberichten stellt die vom UN-Menschenrechtsrat eingesetzte Beobachtermission in der Ukraine im Rahmen der russischen Kontrollausübung zahlreiche Verletzungen des humanitären Völkerrechts fest. So werden Menschen willkürlich inhaftiert und gefoltert, die ukrainische Kultur und Identität unterdrückt, die russische Sprache sowie Lehrpläne durchgesetzt, welche die russische Invasion rechtfertigen sollen. Ukrainische Internet- und Mobilfunkanbieter sind zwecks Inhaltskontrolle gegen russische Anbieter ausgetauscht worden. Wer keinen russischen Pass annimmt, bekommt weder Gesundheitsvorsorge noch Sozialleistungen. Mit der russischen Staatsbürgerschaft riskiert man jedoch die Rekrutierung durch die russischen Streitkräfte, welche mit Nachdruck betrieben wird, ohne dass es aber bislang konkrete Hinweise auf Zwangsrekrutierungen gibt. Zudem ruft die Besatzungsmacht die Bevölkerung bei Auflagenverstößen zur Denunziation auf, was nach Auffassung des UN-Hochkommissars für Menschenrechte, Volker Türk, das Sozialgefüge unterminiert, Menschen isoliert und nachhaltige Folgen für die gesamte ukrainische Gesellschaft haben wird. Der aktuelle UN-Bericht basiert auf über 2.300 Interviews.³⁸

Venezuela

Politische Entwicklungen im Wahlkontext: Festnahmen, Einschreibungsversuch Yoris, neues Guyana-Gesetz

Am 19.03.24 ist laut Angaben der Partei Vente Venezuela der Parteikoordinator in der Gemeinde Girardot im Bundesstaat Aragua Joe Villamizar festgenommen worden. Am 20.03.24 sind bestätigt durch Angaben von Generalstaatsanwalt Saab mit Dignora Hernández und Henry Alviárez zwei weitere Mitglieder des Wahlkampfteams der Oppositionspartei Vente Venezuela und Vertraute María Corina Machados verhaftet worden. Sieben weitere Haftbefehle stünden noch aus, u.a. der von Kampagnenmanagerin Magalli Meda, die von einigen Personen als mögliche Alternativkandidatin für die gesperrte Machado gehandelt worden war. Alle Betroffenen werden der Verschwörung bezichtigt.

Heute läuft die Möglichkeit der Einschreibung für Kandidierende für die Präsidentschaftswahlen offiziell aus. In den letzten Tagen hatte der regierungstreue Oberste Wahlrat bekannt gegeben, welche Parteien überhaupt Kandidierende einschreiben dürfen. Die Plataforma Unitaria, welche Großteile der Opposition vereint, hat am 24.03.24 um eine Fristverlängerung der Einschreibung gebeten, da es ihr bisher nicht möglich gewesen sei, die Alternativkandidatin für die gesperrte María Corina Machado, Corina Yoris, einzuschreiben.

In einer Rede vor dem UN-Menschenrechtsrat am 19.03.24 hat auch die Stellvertretende Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Nada Al-Nashif vor einer Verschärfung der Repressionen im Vorfeld der Wahlen sowie zahlreichen Einschränkungen im Bereich gesellschaftlicher Spielräume gewarnt. Daneben kritisierte sie zuletzt erfolgte Verhaftungen von Menschenrechtsverteidigenden, Fälle gewaltsamen Verschwindenlassens, Haftbedingungen sowie die zunehmende Verengung gesellschaftlicher Spielräume und rief zur Einhaltung des Barbados-Abkommens auf.

Am 21.03.24 hat das regierungstreue und chavistisch dominierte Parlament zudem das Ley Orgánica para la Defensa de la Guayana Esequiba (Organisches Gesetz zur Verteidigung des Essequibo) beschlossen. U.a. enthält dieses Gesetz das Verbot für Personen, welche die Position Guyanas gegen eine venezolanische Annexion des Gebietes geteilt haben bzw. teilen, bei einer Wahl für öffentliche Ämter kandidieren zu dürfen oder diese zu bekleiden. Zudem muss das Territorium künftig in venezolanischen Landkarten enthalten sein, es soll einen Gouverneur geben sowie wie weitere regionale, staatliche Organe.³⁹

Vietnam

Rücktritt des Staatspräsidenten

Am 20.03.24 musste Präsident Vo Van Thuong zurücktreten. Er soll gegen interne Regeln der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) verstoßen haben, wie es von deren Zentralkomitee hieß. Berichten zufolge stehen gegen Thuong Korruptionsvorwürfe im Raum. Vizepräsidentin Vo Thi Anh Xuan wurde durch die Nationalversammlung zur Interimspräsidentin ernannt. Thuong hatte das Präsidentenamt erst vor einem Jahr von Nguyen Xuan Phuc übernommen, nachdem dieser nach einer zweijährigen Amtszeit wegen Korruptionsvorwürfen entlassen wurde. Das Präsidentenamt erfüllt in Vietnam eine überwiegend zeremonielle Funktion, zählt jedoch neben dem Generalsekretär der KPV, dem Premierminister sowie dem Vorsitzenden der Nationalversammlung zu den vier höchsten politischen Ämtern („vier Säulen“) des Landes.⁴⁰

- 1 Amu TV: Explosion in front of Kabul Bank branch in Kandahar kills three, injures 12, 21.03.24; Hasht-e Subh: آمار تلفات انفجار در قندهار به ۲۰ کشته و دستکم ۳۰ زخمی رسید [Death toll from explosion in Kandahar reached 20 dead and at least 30 injured], 21.03.24; Amu TV: Kandahar attack death toll rises to 27, 22.03.24; Hasht-e Subh: جبهه مقاومت مدعی کشتن دو طالب در کابل شد [Resistance Front claims the killing of two Taliban in Kabul], 20.03.24; Hasht-e Subh: یک جنگجوی طالبان را در کابل کشتیم [Claim by Resistance Front: We have killed a Taliban fighter in Kabul], 23.03.24; Amu TV: Resistance Front claims to have killed Taliban member in Takhar, 24.03.24.
- 2 Amu TV: Taliban begins new academic year without secondary education for girls, 20.03.24; Amu TV: Taliban bars female journalists from academic year ceremony in Kabul, 19.03.24; Amu TV: Taliban leader suggests implementing Sharia law could lead to stoning, beating of women, 24.03.24; Hasht-e Subh: طالبان در بدخشان چهار تن را به دلیل تجلیل از نوروز لٹوکوب کردند [Taliban have beaten four people in Badakhshan for celebrating Nauruz], 20.03.24; Hasht-e Subh: محدودیت‌های نوروزی طالبان در بلخ و بامیان: جاده: [Restrictions of Nauruz in Balkh and Bamyan: Road leading to Rouza ist closed and the city of Bamyan is under martial law], 20.03.24; Hasht-e Subh: طالبان پنج جوان را به دلیل تجلیل از سال نو در بغلان بازداشت کردند [Taliban have arrested five youths for celebrating new year in Baghlan], 22.03.24; Hasht-e Subh: طالبان پنج تن را به اتهام همکاری با جبهه مقاومت [Taliban have arrested five people on the charges of collaborating with the resistance front], 25.03.24; Hasht-e Subh: طالبان یک خبرنگار محلی را در کندز بازداشت کردند [Taliban have arrested a local journalist in Kunduz], 25.03.24; Kabul Now: Taliban Arrests Community Leaders Who Protested Against an Iran-Backed Taliban Ally, 25.03.24; Hasht-e Subh: طالبان چهار کارمند مدرسه را بازداشت و زندانی کردند [Taliban have arrested and imprisoned four employees of Herat Seminary Hospital], 24.03.24; Hasht-e Subh: طالبان یک جنگجویان طالبان یک دگروال حکومت پیشین را با چاقو در لوگر به قتل رساندند [Taliban have killed a former lieutenant with a knife in Logar], 24.03.24; Hasht-e Subh: طالبان یک عضو نیروهای ویژه حکومت پیشین را در پروان تیرباران کردند [Taliban have shot a member of the special forces of the former government in Parwan], 23.03.24.
- 3 Hasht-e Subh: [Floods in Badghis; one man died and more than 100 houses were destroyed], 21.03.24; Amu TV: Rainfall and floods kill two in northern Afghanistan, 22.03.24; UNDP: Water is Life!, 22.03.24.
- 4 Africanews: Stanis Bujakera. Congolese journalist convicted of spreading false information to be freed, 19.03.24; Amnesty International: Democratic Republic of Congo. Arbitrarily jailed journalist must be released. Stanis Bujakera, 29.09.23; France 24: Prominent DR Congo journalist Stanis Bujakera freed from jail after six months, 20.03.24; HRW: DR Congo. Free Prominent Journalist, Drop Charges, 02.02.24; Jeune Afrique: Stanis Bujakera Tshiamala finalement libéré, 19.03.24; Reuters: Detained Congolese journalist Bujakera has been freed, lawyer says, 19.03.24; RSF: Stanis Bujakera Tshiamala. "I was released from jail thanks to your efforts", 21.03.24.
- 5 Africa.com: Democratic Republic of Congo (DRC). Reinstating executions shows a callous disregard for human rights, 16.03.24; Le Monde: La République démocratique du Congo lève le moratoire sur la peine de mort, 15.03.24; Radio Okapi: Levée du moratoire sur l'exécution de la peine de mort en RDC. Les ambassades se disent profondément préoccupées, 22.03.24.
- 6 The New York Times: Gambia Moves Toward Overturning Landmark Ban on Female Genital Cutting, 18.03.24; Reuters: Gambian parliament debates bill to reverse ban on female genital mutilation, 19.03.24; Le Monde: La Gambie suspendue à une possible relégislation de l'excision, 21.03.24; The Guardian: Move to overturn FGM ban in the Gambia postponed, 18.03.24; Deutsche Welle: Gambia postpones vote to repeal FGM ban, 19.03.24; Foroyaa: NHRC Chairperson Says Empowering Women, Girls Should Be the Debate, Not FGM, 20.03.24; Radio France Internationale: Gambie: la loi contre l'excision en suspens, 19.03.24.
- 7 Radio France Internationale: Guinée: l'opposition peu surprise par le retard du calendrier de transition, 13.03.24; Jeune Afrique: En Guinée, après l'explosion du dépôt de carburant, la crise s'enlise, 11.01.24.
- 8 Rudaw: Turkey hits alleged PKK targets in the Kurdistan Region, 22.03.24; Rudaw: Duhok villages hit by suspected Turkish artillery, 23.03.24; The New Arab: Turkey strikes PKK positions in Iraq after attack kills soldier, wounds 4, 20.03.24.
- 9 Neue Züricher Zeitung: Keine Atempause in Iran: Die Welle der Hinrichtungen hält ungebrochen an, 18.03.24; Iran Human Rights: Annual report on the death penalty in Iran 2023 live updates, 22.03.24.
- 10 BBC News Farsi: [Local sources say that the security forces did not allow the Nowruz ceremony to be held at Mahsa Amini's grave, 22.03.24.
- 11 Center for Human Rights in Iran: Executions, murder, rape, torture used to repress "Woman, Life, Freedom" protests detailed in 500+ page UN Report, 19.03.24; United Nations Human Rights Council: Independent international fact-finding mission on the Islamic Republic of Iran, press releases, 08.03.24.
- 12 Associated Press: Houthis in Yemen blow up a resident's house, killing at least 9 from the same family, residents say, 20.03.24; vgl. BAMF: Länderreport 49. Die Houthis, Februar 2022, S. 18-19.
- 13 Associated Press: US fighter jets strike storage facilities in Houthi-controlled areas of Yemen, 23.03.24.
- 14 Reuters: Protest erupts in eastern Cuba amid blackouts, food shortages, 17.03.24; 14ymedio: La población de Santiago de Cuba protesta al grito de "corriente" y "comida", 17.03.24; El País: El Gobierno cubano envía arroz y leche para aplacar las protestas, pero sigue el descontento, 19.03.24; Miami Herald: 'We are hungry': Cubans take to the streets in the second-largest city to protest, 19.03.24; El País: Cubans return to the streets in protest against electricity and food shortages, 18.03.24; Expediente Público: Apagones y hambre: la crisis que reaviva las protestas en Cuba, 18.03.24; Reuters: Cuba summons top US diplomat, accuses US of stoking protests, 18.03.24; BBC: Cubans stage rare street protest over power blackouts, 18.03.24; Diario de Cuba: Justicia 11J eleva a diez los detenidos en las protestas en Bayamo, 20.03.24; El País: Comida, corriente y libertad: la protesta ciudadana se reactiva en Cuba, 25.03.24.

-
- 15 Radio France Internationale: Libya closes border crossing with Tunisia following clashes, 20.03.24; Aljazeera: Libya-Tunisia border crossing closed following clashes, 19.03.24; Al Arabiya: "خرج عن السيطرة" ..مدير مع تونس. [Debiba Interior Minister closes Ras Jedir crossing with Tunisia, "Out of control"], 21.03.24.
- 16 BBC News: Dozens abducted in new Nigeria kidnap, 18.03.24; dpa: Entführungsserie in Nigeria: Weitere 87 Menschen verschleppt, 18.03.24; Reuters: Gunmen in Nigeria kidnap about 100 in weekend attacks, 18.03.24; VOA News: Gunmen Kidnap Over 100 People in Nigeria's Kaduna State, Local Officials Say, 18.03.24; Africa News: At least 100 villagers are kidnapped in the latest mass abduction in northern Nigeria, 19.03.24.
- 17 Reuters: Nigeria military denies reprisal attack after 16 troops killed, 18.03.24; Reuters: Sixteen Nigerian soldiers killed in community clashes in Delta state, 16.03.24; Al Jazeera: Sixteen Nigerian soldiers killed in attack in Delta state, 16.03.24; Punch Newspapers: Three officers, 12 soldiers killed in Delta communal clash – DHQ, 16.03.24.
- 18 Punch Newspapers: Osun Amotekun arrests suspected inter-state child trafficker, 02.03.24; Vanguard: Amotekun arrests suspected human trafficker, rescues five boys, 02.03.24; The Guardian: Amotekun foils plot by seven-man gang to rob banks in Ondo, 22.03.24; Daily Post: Amotekun foils attempted bank robbery, parades 37 suspects in Ondo, 21.03.24; Punch Newspapers: Amotekun foiled bank robbery in Ondo, arrested suspect – Commander, 21.03.24; United States – Department of States: 2022 Country Reports on Human Rights Practices – Nigeria, 20.03.23.
- 19 Tagesschau: Dutzende entführte Schulkinder wieder frei, 24.03.24; BBC News: Kuriga kidnap: Nigerian pupils taken in mass abduction freed, 24.03.24; DW: Nigeria: More than 100 kidnapped schoolchildren rescued, 24.03.24; Africa News: A sigh of relief after nearly 300 abducted schoolchildren freed in Nigeria, 24.03.24; Reuters: Nigerian army rescues abducted Kaduna students, 25.03.24.
- 20 RFE/RL: 2 Killed As Motorcycle Loaded With Explosives Detonates In Peshawar, 10.03.24; RFE/RL: Several Troops Killed In Suicide Attack On Pakistan Military Post, 16.03.24; RFE/RL: Baluch Separatists Claim Attack On Pakistan's Gwadar Port, 20.03.24; RFE/RL: Roadside Bomb Targeting Security Forces Kills 2 Soldiers, Wounds 15 In Pakistan, 21.03.24.
- 21 Reuters: Taliban says it hit back at Pakistan after air strikes in Afghanistan kill 8, 18.03.24.
- 22 Associated Press: Heavy fighting rages around Gaza's biggest hospital as Israel raids it for a second day, 20.03.24; Associated Press: Aid trucks enter northern Gaza directly from Israel, 22.03.24; WHO: Famine in Gaza is imminent, with immediate and long-term health consequences, 18.03.24; Integrated Food Security Phase Classification: GAZA STRIP: Famine is imminent as 1.1 million people, half of Gaza, experience catastrophic food insecurity, 18.03.24; Associated Press: Famine is said to be imminent in northern Gaza as Israel raids the main hospital again, 19.03.24; Associated Press: UN chief says it's time to 'truly flood' Gaza with aid and calls starvation there an outrage, 23.03.24; Al Jazeera: Al Jazeera journalist freed after 12-hour arrest by Israeli forces in Gaza, 18.03.24; Reuters: Israeli airstrikes kill 20 in Gaza, Palestinian officials say, 19.03.24; Reuters: How war has hit the Gaza Strip, 21.03.24; UNOCHA oPt: Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #145, 22.03.24; Reuters: Israeli military says troops captured hundreds of fighters in Gaza hospital, 22.03.24.
- 23 Reuters: Israeli air strike in West Bank kills three Palestinian fighters, 20.03.24; Reuters: Israeli forces kill 10 Palestinians in West Bank in 24 hours, WAFA news agency says, 21.03.24; UNOCHA oPt: Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #145, 22.03.24.
- 24 Tagesschau.de: Nach Anschlag bei Moskau. Verdächtige sollen sich schuldig bekannt haben, 25.03.24; Meduza: A rising death toll, a possible court decision, and a nationwide day of mourning. La-test updates on Russia's deadliest terrorist attack since Beslan, 24.03.24; Radio Free Europe / Radio Liberty: Suspects In Russian Concert Attack Sent To Pretrial De-tention, 24.03.24.
- 25 Reuters: Thousands celebrate release of jailed Senegal opposition leaders , 15.03.24; DPA: Wichtige Oppositionsführer kurz vor Wahl aus Haft entlassen, 15.03.24; Reuters: Freed from jail, Senegal opposition presidential candidate draws hundreds to first event , 16.03.24; Le Monde: Présidentielle au Sénégal : l'opposant Sonko et son candidat en campagne en Casamance, 18.03.24; Le Monde: Présidentielle au Sénégal : le candidat de l'opposition Bassirou Diomaye Faye donné largement en tête, le camp d'Amadou Ba se dit « certain » d'un second tour, 25.03.24; Le Monde: Au Sénégal, un séisme politique : Bassirou Diomaye Faye, le candidat de la rupture, annoncé en tête du premier tour de la présidentielle, 25.03.24; Deutsche Welle: Faye nears victory in presidential election, 25.03.24; Tagesschau: Sieg des Oppositionskandidaten zeichnet sich ab, 25.03.24; Reuters: Opposition candidate Faye takes early lead in Senegal presidential polls, 25.03.24.
- 26 Sud Quotidien: Violence et Campagne électorale : encore des heurts notés entre patriotes et partisans d'Amadou, 11.03.24; IGF: Kaolack : Le convoi de la coalition Diomaye-président «attaqué» à Sibassor , 17.03.24; Seneweb: Parcelles Assainies : le film des violents affrontements entre pro-Diomaye Faye et pro-Amadou Ba, 11.03.24; Le Quotidien: Echauffourées entre Apéristes et pro-Diomaye : La violence bat la campagne, 12.03.24; Pressafrik: Echauffourées à Nioro : le coordonnateur départemental de Pastef arrêté puis placé en garde à vue, 19.03.24.
- 27 Sud Quotidien: Sédhiou – libre après 9 mois de détention : Olivier Boucal réaffirme son combat contre «la dictature» et plébiscite Diomaye, 11.03.24; Pressafrik: Reubeuss : 69 détenus dits politiques libérés, dont Ndongo Diop et Kaba Diakité, 18.03.24; Pressafrik: La journaliste Maty Sarr Niang est libre, 12.03.24; Dakaractu: Maty Sarr Niang de Kewoulo recouvre la liberté, 13.03.24.
- 28 Garowe Online: Airstrike leaves 21 civilians dead in Somalia, 20.03.24; The Washington Post: More than 20 killed in Somalia in alleged Turkish drone strike, 19.03.24; Horn Observer: Turkish airstrike kills 20 civilians including children in Somalia's Lower Shabelle region, 20.03.24.
- 29 Reuters: Al Shabaab launches deadly attack on military base in Somalia, 23.03.24.
- 30 North Press Agency: ISIS kills 9 truffle hunters in Syria's Raqqa, 24.03.24; ; Voice of America: 11 Killed in Suspected IS Attack on Syria Truffle Hunters: Monitor, 24.03.24.

-
- 31 Reuters: Israeli strikes target Hezbollah inside Syria, sources say, 19.03.24; The Jerusalem Post: Israeli missiles destroy Hezbollah warehouse in Syria – report, 19.03.24.
- 32 Balkan Insight: Reporters Attacked, Dozens Detained, at Kurdish Celebration in Istanbul, 18.03.24; Channel 8: AFP journalist among 50 detained at Istanbul Newroz celebration, 17.03.24; NDTV World: AFP Journalist Objects To "Brutal" Body Search At Kurdish New Year In Turkey, Detained, 18.03.24; Voice of America: AFP Journalist Among 50 Detained at Kurdish Event in Turkey, 17.03.24; The Straits Times: AFP journalist among 50 arrested at Kurdish New Year celebrations in Turkey, 18.03.24; Voice of America: İstanbul'daki Nevruz kutlamalarında aralarında AFP muhabirinin de olduğu 70 kişi gözaltına alındı [70 detained, including AFP reporter, during Nowruz celebrations in Istanbul], 18.03.24; Gazete Duvar: Gözaltına alınan AFP muhabiri anlattı: 'Senin dilini keserim' [Detained AFP reporter tells: 'I'll cut out your tongue'], 19.03.24; Cumhuriyet: Polisten muhabire sözlü ve fiziksel şiddet iddiası: 'Sizi Yahudiler gibi sabun yapmadığımıza dua edin' [Alleged verbal and physical violence by police against reporter: 'Pray we didn't make you soap like the Jews'], 19.03.24; Medyafaresi: Polisten AFP muhabirine şok sözler: Sizi Yahudiler gibi sabun yapmadığımıza dua edin [Shocking words from police to AFP reporter: Pray we didn't make you soap like the Jews], 19.03.24; MLSA: Journalist Eylül Deniz Yaşar told by police: "Be thankful we don't turn you into soap like the Jews", 18.03.24.
- 33 Turkish Minute: Over 52,000 people investigated for insulting Erdoğan, his government in 4 years, 14.04.24; Duvar English: Turkish court sentences journo Levent Gültekin to prison for 'insulting president', 19.04.24; Stockholm Center for Freedom: Over 52,000 people investigated for insulting Erdoğan, his government in 4 years, 14.04.24; Media and Law Studies Association (MLSA): Journalist Levent Gültekin sentenced to 11 months and 20 days in prison, 19.04.24.
- 34 The New Arab: Tunisia police arrests prominent journalist and Saied critic Mohamed Boughalleb, 23.03.24; Reuters: Tunisia detains prominent journalist Mohamed Boughalleb, 23.03.24.
- 35 RFE/RL: 4 Killed In Russian Shelling Of Kherson And Donetsk Regions, Officials Say, 19.03.24; RFE/RL: Shelling Intensifies Along Border In Both Ukraine, Russia, 20.03.24; The Guardian: Ukraine war briefing: put all seized Russian earnings into the fight, EU leaders told, 20.03.24; Tagesschau.de: Ukraine meldet mehrere Tote nach Angriffen [Liveblog], 20.03.24; The Guardian: Ukraine war briefing: Missile attacks on Kyiv after Zelenskiy calls for more air defences, 21.03.24; The Guardian: Ukraine war briefing: 'massive missile attack' hits Dnipro hydroelectric dam and affects nuclear plant, 22.03.24; Tagesschau.de: Ukraine meldet Angriffe auf Energieinfrastruktur, 22.03.24; Tagesschau.de: Gegenseitige Drohnenangriffe in der Nacht [Liveblog], 25.03.24.
- 36 The Guardian: Ukraine war briefing: Putin hails 'return' of annexed Ukrainian territories at rally, 19.03.24; RFE/RL: Use Of Drones On Battlefield Becoming Priority For Ukraine, Says Top Commander, 19.03.24; RFE/RL: Zelenskiy Praises Range Of Ukraine's Drones Following Attacks Deep Inside Russia, 16.03.24; Tagesschau.de: Putin plant Pufferzone zum Schutz vor ukrainischen Angriffen [Liveblog], 18.03.24; Tagesschau.de: Kreml: Russland ist "im Kriegszustand" mit der Ukraine [Liveblog], 22.03.24; RFE/RL: Kyiv's Denials Of Involvement Sharpen After Russian Concert Attack, 23.03.24; The Guardian: Ukraine war briefing: two ships and base hit in Russian-occupied Crimea, 25.03.24.
- 37 The Guardian: Ukraine war briefing: 'massive missile attack' hits Dnipro hydroelectric dam and affects nuclear plant, 22.03.24; RFE/RL: Russia Launches Massive Assault On Ukraine's Power Infrastructure, 22.03.24; Tagesschau.de: Die Folgen der russischen Angriffe auf Charkiw [Liveblog], 23.03.24; The Guardian: Ukraine war briefing: fire breaks out at Russian oil refinery after drone attack, 23.03.24; The Guardian: Ukraine war briefing: Zelenskiy says Putin trying to falsely blame Kyiv for Moscow concert attack, 24.03.24; The Guardian: Ukraine war briefing: two ships and base hit in Russian-occupied Crimea, 25.03.24; Tagesschau.de: Stromausfall in Odessa nach russischem Angriff [Liveblog], 25.03.24; Tagesschau.de: Ukraine meldet Angriffe auf Energieinfrastruktur, 22.03.24; Tagesschau.de: Moskau verteidigt Angriffe auf Ukraine als "Racheakte" [Liveblog], 22.03.24.
- 38 Tagesschau.de: Menschenrechtler: Klima der Angst in russisch-besetzten Gebieten [Liveblog], 20.03.24; The Guardian: Ukraine war briefing: Missile attacks on Kyiv after Zelenskiy calls for more air defences, 21.03.24.
- 39 International Crisis Group: On our Radar. Venezuela, 22.03.24; Efecto Cocuyo: ONU expresa preocupación por medidas que «restringen espacio cívico y democrático» en año electoral en Venezuela, 19.03.24; Efecto Cocuyo: Detienen a coordinador de Vente Venezuela en Aragua, 19.03.24; CNN Español: Oposición venezolana denuncia problemas para inscribir a candidata presidencial Corina Yoris , 23.04.24; CNN Español: Oposición solicita prórroga de tres días para postular candidaturas presidenciales; Plataforma Unitaria aún no ha logrado inscribir a Corina Yoris, 24.03.24; Reuters: Venezuela opposition leader Machado picks Corina Yoris as successor for presidential run, 22.03.24; Reuters: Venezuela arrests allies of opposition leader Machado, 21.03.24; Efecto Cocuyo: Quiénes son los integrantes del comando de campaña de María Corina Machado que tienen orden de captura de Fiscalía, 20.03.24; Crónica Uno: "No podemos normalizar la represión", dice María Corina Machado tras detención de más integrantes de su equipo, 20.03.24; Associated Press: As election nears, Venezuelan government keeps arresting opponents allegedly tied to criminal plots, 22.03.24; El País: La oposición venezolana denuncia una maniobra para frenar la candidatura de Corina Yoris, 25.03.24; Efecto Cocuyo: AN de 2020 aprueba artículo de Ley de la Guayana Esequiba sobre inhabilitaciones políticas, 19.03.24; El País: Venezuela aprueba una ley para anexionar el Esequibo que Guyana considera una grave amenaza, 23.03.24; Efecto Cocuyo: Ley de Defensa de la Guayana Esequiba contempla impugnación de candidaturas ante el TSJ, 21.03.24.
- 40 Neue Zürcher Zeitung: In einem Jahr müssen zwei Präsidenten zurücktreten - was ist los in Vietnam?, 20.03.24; Reuters: Explainer: Vietnam's president resigns: who's who and what comes next?, 21.03.24; Reuters: Vietnam names acting president after legislature votes to remove Thuong, 21.03.24; Fulcrum: Two Presidents Ousted in One Year: What Lies Ahead for Vietnam's Political Outlook?, 20.03.24.

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,
90461 Nürnberg

ISSN

2943-0682

Stand

KW 13/2024

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bestellmöglichkeit

Publikationsstelle Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
www.bamf.de/publikationen

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen

Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.bamf.de